

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 4.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage
Sonntags. Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 65 Wfg. Einzelnummern
in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover, Sonnabend, den 16. Februar 1895.

Inserate kosten pro Zeilspalte Zeile
oder deren Raum 15 Wfg. Offerten-
Annahme 10 Wfg.
Redaktion und Verlag: Schriedestraße 15

4. Jahrg.

Das Unternehmertum auf dem Kriegspfade gegen die sozialpolitischen Gesetze!

Die Anzeichen, daß die industrielle Arbeitsgesellschaft gegen die kümmerlichen Errungenschaften der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete Sturm läßt, mehren sich, hell schmettern die Fanfaren zum Angriff in die Welt hinaus. Die Stützen von Thron und Altar, welche nicht laut genug nach Anbelungsgesetzen, welche die Agitation und Organisation der Arbeiter hindern sollen, schreien können, sind fix dabei, die Gesetze einer unter vielem Pomp und Tamtam ins Werk gesetzten Sozialreform zu unterwählen!

Mit einer Solidarität, die den Meid der Arbeiter herausfordern könnte, geht das Unternehmertum ans Werk. Mag dasselbe unter gewöhnlichen Umständen noch so sehr nach den Grundsätzen der freien Konkurrenz handeln, sobald es gilt, gegen die Arbeiter angreifend vorzugehen, folgt die ganze Sippe der heiligen Ausbeuterzunft einer Fahne, so da heißt: „Wahrung der Klasseninteressen“, und kennt nur die Parole: „In den Staub mit dem Proletariat, nieder mit den rabiaten Lohnflaven“, die gleich den weiland kämpfenden Bauern des Bauernkrieges sich um einen Bundschuh geschart haben, in einen Ring getreten sind, der sie von der Zahlung des „bösen Pfennigs“, von der politischen und sozialen Knechtung und Rechtslosigkeit befreien soll. Die Umsturzvorlage ist nur die einleitende Picee in dem von den Unternehmern ins Auge gefaßten Programm; wird dieselbe Gesetz, dann wird das Programm ungehindert bis auf das Pünktchen über dem i zur Durchführung gebracht. Durch dieselbe werden die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit mächtig gehindert, die Agitation gelähmt, die Organisationen geschwächt, den Massen wird das Sprachrohr für ihre Wünsche und Forderungen genommen, an der vorhandenen agitatorischen Intelligenz ein Alderlaß vollzogen und ein fast- und kraftloser Rest zurückgelassen, den man nicht mehr zu fürchten braucht. Nachdem das geschehen, kann man ungehindert an die Hauptarbeit gehen und einen Feind nach dem anderen von den gesetzgeberischen Zugeständnissen, welche die Arbeiter in mühevollen, Jahrzehnte langen Kämpfen sich errungen und erringt haben, beseitigen. So dachte das Unternehmertum und wie immer fand es verständnisvolles Entgegenkommen an maßgebender Stelle. Das Wort, welches der Herr Staatssekretär v. Voetticher bei irgend einer Gelegenheit im deutschen Reichstage an die Adresse der Großindustriellen richtete: „Wir arbeiten ja nur für Sie!“ kann mit Recht auf die Umsturzvorlage angewandt werden. Im Interesse

der Unternehmer, Zuckerrübenbauer, Schnapsbrenner, Krautjunker und Schloßbarone entrechtet und entwaffnet man die Arbeiter von Gesetzes wegen, damit die Ersteren ungehindert an den Umsturz der sozialpolitischen Gesetze gehen können. Das Umsturzgesetz soll den Umsturz der kümmerlichen Sozialreform ermöglichen, ein Vorwärtsschreiten derselben verhindern.

Als Ergebnisse der Sozialreform registrieren wir das Krankentaggelohngesetz, die Unfallversicherung, die Alters- und Invalidenversicherung, sowie die Novelle zur Gewerbeordnung, enthaltend Gewerbeberichte, Vorschriften über Pausen der jugendlichen Arbeiter und den 11stündigen Arbeitstag für Arbeiterinnen. Die so schuldlich erwartete Sonntagsruhe schwebt noch immer wie eine Taube über dem Dache. Anscheinend tritt diese Sonntagsruhe am 1. April in Kraft. Fest steht dagegen, daß derselben 80-90 Ausnahmefälle mit auf den Weg gegeben werden, so daß die Sonntagsruhe für die Arbeiter wegen der vielen Ausnahmen nicht zur Regel werden wird.

Diese sogenannten Arbeiterschutzbestimmungen genügen dem arbeitenden Volke nun keineswegs. Die Arbeiter aber dachten, besser etwas wie gar nichts, als diese scharfe Kontrolle darüber, daß die Bestimmungen von Seiten des Unternehmertums innegehalten wurden und setzten mit der Kritik ein, kämpften, um das bestehende Mangelhafte zu vervollkommen und zu bessern.

Anderes das Unternehmertum, welches glaubt, mit der Zahlung eines kümmerlichen Lohnes jeder anderweitigen sozialen Verpflichtung gegenüber den Arbeitern entzogen zu sein. Nachdem es jahrelang genörgelt, gegetert und geschimpft hat, mobilisiert es nun, um zum offenen Angriff überzugehen.

Der Heiligenschein, auf beregtem Gebiete als Erste zu erscheinen, gebührt wiederum den deutschen Metallindustriellen, denselben, welche das verruchte System der schwarzen Listen in das Waffenarsenal des Unternehmertums eingeführt haben.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat am Schluß des vorigen Jahres eine Umfrage über die Erfahrungen der Industriellen mit der Arbeiterschutzgesetzgebung vorgenommen. Die Umfrage soll Material dafür liefern, „daß die bereits bestehenden Gesetze reformiert, in der Weiterführung der „Sozialreform“ aber eine Pause gemacht werde“. Die Umfrage ist vertraulich. Auf dem Gebiete der „Geheimbündelei“, der Konspiration haben die Herren ja Erfahrung und auch Erfolge gehabt, was Tausende von rechtlichlosen Arbeitern, die mit Dpfermuth und Hingebung für ihre politische und wirtschaftliche Ueberzeugung kämpfen

und dafür mit dem geheimen Bannstrahl der Brotlosigkeit nach Buschlepperart von den Unternehmern bestraft wurden, bezeugen können. Der Fragebogen nimmt auf folgendes Bezug: „1. Welche Kr. ... und Weiterungen sind Ihnen auf Grund der sogenannten sozialpolitischen Gesetzgebung (die Thätigkeit der Gewerbeberichte, Fabrikinspektoren u. s. w. einbezogen) mit Behörden, Arbeitern oder Beauftragten erwachsen oder bekannt geworden? (Möglichst genaue Darstellung der angegebenen Fälle erbeten.) 2. Welche Wünsche und Erfahrungen haben Sie insbesondere auf dem Gebiete des Lehrlingswesens und Fortbildungswesens zu verzeichnen? 3. Wie hoch beläuft sich die jährliche sozialpolitische Belastung Ihres Betriebes sowohl in der Gesamtsumme, wie auch in Prozenten der wirklich gezahlten Lohnsumme (auf Grund der Lohnnachweisungen für die Berufsgenossenschaften): a) Krankenversicherung? b) Unfallversicherung? c) Alters- und Invaliditätsversicherung? 4. Wie groß ist die Durchschnittszahl der Arbeiter Ihres Betriebes?“

Bezeichnend für die Stellung des Unternehmertums ist, daß oben an der Spitze die Frage nach Konflikten und Weiterungen steht, und daß Gewerbeberichte und Fabrikinspektoren, welche die Unternehmer direkt gar nicht kosten und, wenigstens was die Fabrikinspektoren betrifft, fast überall an Energie noch sehr zu wünschen übrig lassen, als Ursache zu Konflikten ins Auge gefaßt werden. Es ist jammer schade, daß die Ergebnisse dieser Umfrage nicht in vollen Umfang der Öffentlichkeit überliefert werden; die Herren werden aus ihren Herzen gewiß keine Mühergrube machen, und alles, was ihrem Vortheil und Profit im Haarsbreite entgegensteht, verdonnern.

Zu dem Verband der Metallindustriellen hat sich das Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft von Berlin gesellt. Demselben hat es besonders das Gewerbegericht angethan, dessen „auffällige und den sonstigen Rechtsanschauungen zuwiderlaufende Entscheidungen“ Kopfschütteln unter den Ältesten hervorgerufen haben. Wer wollte denn auch nicht gleich aus der Haut fahren, wenn ein Bediensteter des Berliner Kaufmannes den „Rechtsanschauungen“ desselben nicht huldigt und sich „berechtigt“ fühlt, die Entscheidung über Recht und Unrecht dem Gewerbegericht anzuvertrauen, bei dem, nebenbei bemerkt, ein bürgerlicher J. ist das Zünglein der Waage bildet? Das ist nach kapitalistischen Begriffen doch unbedingt ein „fortwährendes Untergraben der Autorität“, und es verlohnt sich schon für die Großräuber, sich an dem Kesseltreiben gegen die Organe der sozialpolitischen Rechtspflege zu betheiligen. Ein weises Kollegium der Jünger Merkurs in und um Berlin beschloß daher, „Ent-

Das Recht auf die Produktionsmittel im Alterthum.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Robbertus spricht die feste Ueberzeugung aus, daß die Zeit der Ablösung des privaten Grundeigentums kommen müsse, wenn die Gesellschaft sittliche Kraft genug zu freier Arbeit besitze.

Die in unserer Zeit wieder aktuell gewordene Frage der Vergesellschaftung des Grund und Bodens ist eine jener großen Gesellschaftsfragen, welche mit der des Rechtes auf Arbeit engstens und untrennbar zusammenhängen.

Sehr wahr sagt John Stuart Mill: „Ich bin der Ansicht, daß Grund Boden, Minen mitgerechnet, sowie das ganze auf der Erde befindliche Rohmaterial Allen gehört, weil die gegenwärtigen Besitzer es weder selbst angefertigt, noch zur Anfertigung beigetragen haben. Ein Mensch hat nur ein Recht auf Das, was er erarbeitet oder erspart hat. Wer Grund und Boden besitzt, der zum Leben nöthig und nicht in genügender Menge für Alle da ist, der ist ein Monopolist; sein Monopol darf nicht nach Willkür des Inhabers, sondern muß im Interesse des Gemeinwohles ausgebeutet werden. Der Staat hat ganz dasselbe Recht, darüber zu verfügen, wie er über die Eisenbahnen verfügt.“

Man komme nicht mit dem Einwande, daß der Grundbesitz sich auf ein positives, historisch gewordenes Recht stützt. Das positive Recht, wie herrschende Stände und Klassen es ihrem Sonderinteresse entsprechend herausgebildet haben, hat niemals Anspruch auf ewige Dauer. Was in ihm der Natur der Dinge, dem Rechte der Vernunft, dem Menschenrecht widerspricht, hat keine Möglichkeit, dauernd erhalten zu werden. Ein Eigentum an Grund und Boden findet keine Stütze in der natürlichen Gerechtigkeit; also wird es früher oder später aufzugeben sein.

Abgesehen lehrt uns die Geschichte des positiven Rechts,

daß vom Gesetzgeber ein absolutes Eigentum am Grund und Boden gewöhnlich nicht anerkannt worden ist. So beruht, wie wir gesehen haben, die Lehnverfassung von Haus aus auf dem Gedanken einer Verleihung des Grundbesitzes auf Widerruf oder allenfalls auf Lebenszeit. Die späteren gesetzlichen Regulirungen des Erbrechts am Grund und Boden, in Sonderheit am bäuerlichen Besitz, beweisen, daß die Gesetzgeber ein volles und ausschließliches Herrschafts- und Verfügungsrecht über den Grund und Boden nicht anerkannten, selbst da nicht, wo im Uebrigen die Freiheit der Veräußerung gewährleistet war. Wäre das historisch gewordene „Eigentumsrecht“ am Grund und Boden für gleich streng und heilig erachtet worden, wie das an jeder anderen Sache, so würden derartige Eingriffe der Gesetzgebung nicht ruhig ertragen worden sein. Die Ablösungsgesetze in unserem Jahrhundert, welche den Bauern ein Eigentumsrecht zuerkannten, das ihnen nach dem positiven Recht nicht zukam, zeigen, wie schwankend und haltlos die Idee eines Grundeigentums ist.

Wenn unsere modernen Staatsverfassungen (wie die preussische in ihrem Artikel 9) erklären: „Das Eigentum ist unverletzlich,“ so nehmen sie davon das Grundeigentum ausdrücklich aus. Der Staat hat diesem gegenüber sich das Recht der Enteignung vorbehalten; er kann das Grundeigentum aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen Entschädigung entziehen oder beschränken.

Die Eigentumsrechte am Grund und Boden, wie sie geschichtlich sich entwickelt haben, widersprechen den Interessen der menschlichen Gesellschaft; sie machen zu Gunsten Einzelner für Millionen das Recht auf die Produktionsmittel und den Arbeitsertrag illusorisch; sie begründen eines der gemeinlichlichsten Monopole, welches seinen Inhaber in den Stand setzt, die Volksmassen sich tributpflichtig zu machen, sie für seinen Vortheil auszunutzen. Zwar dem Bauer, dem kleinen Grundbesitzer, der mit eigener fleißiger Hand seinen Acker bewirtschaftet, kommt dieses Monopol nicht zu Gute, denn er genießt in der Regel nur die Früchte seiner auf den Boden verwendeten Arbeit. Und daß das Ergebnis seiner

Arbeit, in Geldwerth umgekehrt, fast durchweg ein unzureichendes ist, diese Thatsache liegt offenbar in der schlechten wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Bevölkerung, besonders auch in der Verschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes. Das Monopol der Ausbeutung liegt beim großen Grundbesitz, dessen Bewirtschaftung durch fremde Arbeit geschieht, welche mit den Unterhaltungskosten abgefunden wird, — beim großen Grundbesitz, der den Markt der landwirtschaftlichen Produkte beherrscht und dessen Prinzip der mühevolle Rentenbezug ist.

Wollte man selbst zugeben, daß ein haltbarer Rechtsgrund des Eigentums am Boden in dem natürlichen Rechte des Besitzes an dem durch Arbeit Hervorgebrachten gefunden werden könne, so muß man doch fragen: ob alle jene Latifundienbesitzer, die Quadratkneisen Landes „ihr Eigen“ nennen, und denen es niemals einfällt, den Acker selbst zu bestellen, diesen Rechtsgrund für sich geltend machen können? Sie können es nicht! Es ist die gewichtigste und revolutionärste Wahrheit, die das neue Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausspricht in den Sätzen:

„Das Privateigentum an Arbeitsmitteln, welches ehe- dem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Verwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung werde.“

unter den Mähderei-Arbeiterinnen zu veranstalten. — Zu dem von den Bauarbeitern gestellten Antrag, betreffs Regelung der Löhne der Bauarbeiter, wurde beschlossen, eine außerordentliche Versammlung einzuberufen. Pflicht der Arbeiter und Kollegen ist es, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen, um gemeinschaftlich über diesen wichtigen Punkt zu berathen. Im Uebrigen möchten wir an dieser Stelle nochmals die Kolleginnen und Kollegen dringend ermahnen, die bisherige Nachlässigkeit abzustreifen und die Mitglieder-Versammlungen besser wie bisher zu besuchen.

Bürgel am Main. In unserer am Sonntag, den 27. Januar, in dem Lokale „zu den drei Kaisern“ tagenden Versammlung wurden unter Punkt 1 der Tagesordnung die Beiträge erhoben und neue Mitglieder aufgenommen. — Der zweite Punkt wurde durch eine Vorlesung über Humanitätsbestrebungen ausgefüllt. — Unter „Verschiedenes“ bemängelten mehrere Redner den schwachen Besuch der Versammlung. — Kollegen! Es ist wirklich an der Zeit, daß Ihr Euch befleißigt, um Euren Verpflichtungen nachzukommen und besser für Eure Sache einzutreten! Oder denkt Ihr vielleicht, es erübrige sich, mitzuarbeiten an der Vereitigung des modernen Sklaventhums? Seht Ihr nicht, wie heute Hunderte auf der Landstraße einherziehen, den Unbilden der Witterung ausgesetzt, von Schneefürstern und der grimmigsten Kälte gepeinigt, sich den kalten Unterhalt erbetteln müssen? Wer bürgt uns heute dafür, daß es auch uns in kurzer Zeit nicht ebenso gehen kann? Darum ermahnt Euch, tretet ein in die Organisation, um mit vereinten Kräften bessere Zustände zu erkämpfen! —

Gelle. Am Sonntag, den 3. Februar, fand unsere Hauptversammlung statt. Nachdem der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vorgelegt hatte und denselben durch Erheben von den Eigen Decharge erteilt war, wurden die drei Bevollmächtigten einstimmig wieder gewählt. Zu Revisoren wurden ernannt: Fr. Peters, E. Wieselhorn und A. W. Horn. Um den weiblichen Mitgliedern, welche des Nachmittags meistens noch mit häuslichen Arbeiten beschäftigt sind, Gelegenheit zu geben, die Versammlungen besuchen zu können, wurde beschlossen, dieselben in Zukunft um 8 Uhr anzukommen. — Unter „Verschiedenes“ hielt Kollege Wieselhorn einen Vortrag über: „Unsere Frauen“. Der Kollege führte ungefähr folgendes aus: „Bei den Kämpfen, welche die Arbeiter um Eringung einer besseren Lebenshaltung führten, spielte die Frau des Arbeiters eine gewichtige Rolle. Die Proletarierin könne zum Beispiel bei Streiks viel zur kühnen Durchführung derselben beitragen, wenn sie das richtige Verständniß für die Bestrebungen des kämpfenden Proletariats und die hohen Aufgaben der Arbeiterbewegung erfaßt habe. Streiks, welche an den Opfersinn und Kampfesmut der Betheiligten so hohe Anforderungen stellten, zögen auch die Frauen in Mitleidenschaft und machten sie während der Dauer eines solchen zu einer Dulderin, auf der die schwere Sorge für den Haushalt lastete. Die Frauen mühten in solchen Zeiten einen starken, unerschütterlichen Glauben an ihren Mann haben, ihn ermuntern und anfeuern, damit er mit Mut und Ausdauer zu seinen kämpfenden Brüdern stehe. Es ist notwendig, daß die Proletarier ihren Frauen auf allen Gebieten Aufklärung geben. Die Frau muß während der Zeit des Waffenstillstandes vorbereitet werden auf den Kampf, der eintreten kann und den Arbeiter zwingt, die Werkstatt und den Arbeitsplatz zu verlassen. Hat die Frau das richtige Verständniß für die Kämpfe unserer Zeit nicht, so wird sie während der Dauer des Streiks alles daran setzen, ihren Mann zur Fahnenflucht zu bewegen und ihn moralisch zu zwingen, zum Verräther an seinen Kampfes- und Leidensgenossen zu werden. — Im gleichen Sinne wie der Referent sprach Kollege Stohmann in der Diskussion, betonend, daß der Mann in der Frau ein gleichberechtigtes Wesen erblicken müßte. Wenn die Frau fühle und sehe, daß sie von ihrem Manne nicht als Hausknecht behandelt würde, so würde sie auch die Bestrebungen derselben unterstützen und unterstützen. Redner führte Beispiele an, die hier wiederzugeben die Feder sich sträubt. — Zum Schluß forderte der 1. Bevollmächtigte noch auf, die Versammlungen fleißig zu besuchen und tüchtig für unseren Verband zu agitieren. Außerdem bedauerte derselbe sehr, daß im letzten halben Jahre 43 Mitglieder gestrichen werden mußten, obwohl die Mehrzahl der Kollegen materiell ziemlich gut gestellt sei und wohl im Stande gewesen wäre, ihre Beiträge entrichten zu können.

Elmsborn. Die letzte, am Sonntag, den 3. Februar, tagende Versammlung war, wie die vorhergehenden, wiederum sehr schlecht besucht. Zur Aufnahme meldeten sich zwei Kollegen. — Unter Punkt 2 der Tagesordnung verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal 1894, welche von der Versammlung als richtig anerkannt wurde. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen G. Fechner, W. Fingelberg und H. Hartung in Vorschlag und als Revisoren die Kollegen Mohr, Schütt und Mohrdiek. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Schütt und Kunz gewählt. — Unter Punkt 4 wurde gegen einige Mitglieder wegen Nichtzahlung ihrer Beiträge der Ausschluß beantragt. Die Ausführung wurde dem Vorstande überlassen. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten, welche für die Kollegenreise in Deutschland ohne Interesse sind, wurde die Versammlung geschlossen. — Kollegen! Noch einmal rufen wir Euch zu: Organisiert Euch! Besucht die Versammlungen und agitiert für den Verband! Wenn jeder von Euch nur ein geringes thut für das Weitertragen unserer Ideen, so wird es uns gelingen, die Mehrzahl der Arbeiter Elmsborns zu unserem Bruderverbande heranzuziehen. Das Feld, welches hier noch brach liegt, muß von uns beackert werden. Jeder muß ein Säemann sein, der den Samen der Organisation streut und dazu beiträgt, daß derselbe zur Reife gelangt. Kollegen, denkt Eure Lage! Wie viele Eurer Brüder liegen arbeitslos, hungernd und frierend auf der Landstraße. Andere wieder müssen in den Fabriken bei brutaler Behandlung 12—16 Stunden täglich sich abmühen

und plagen, um am Schluß der Woche 15—16 Mk. Lohn zu empfangen. Kollegen, strebe jeder von Euch danach, zu jeder Versammlung zu kommen und mindestens jedesmal einen Kollegen mitzubringen, dann werden sich unsere Reihen zu einer starken, widerstandsfähigen Organisation schließen, die im Stande sein wird, unsere Interessen wahr zu können.

Selmstedt. Am Sonntag, den 3. Februar, fand die ordentliche Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle statt, in welcher von 100 Mitgliedern, sage und schreibe vierzehn Mitglieder anwesend waren. Wird nun auch von vielen Zählstellen Klage geführt über die Ineresslosigkeit der Mitglieder, so ist dies in einer Zählstelle, wie der unsrigen, doch wohl um so bedauerlicher, wenn man bedenkt, daß hier selbst die Beiträge der Mitgliedern jeden Sonntag aus dem Hause abgeholt werden und die Mitglieder regelmäßig von den Hilfskassirern aufgefordert werden, die Versammlungen besser zu besuchen. Es ist kaum glaublich, aber wahr, daß wir Mitglieder haben, welche höchstens alle 3 Monate einmal die Versammlung besuchen, ja, daß Personen 3 oder 4 Monate dem Verbands angehören, ohne daß sie überhaupt schon einmal in der Versammlung gesehen worden sind. Unser Verband hat sich, wie alle übrigen Organisationen, das Ziel gestellt, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Kann man nun an diesem Kampf thätigen Antheil nehmen, wenn man nicht hinter dem Ofen hervorkommt oder allen möglichen Vergütungen nachjagt, anstatt in die Versammlungen zu gehen und sich gegenseitig zu belehren, wie dieser Kampf am schnellsten und sichersten zum Siege führt? Können wir denn Jemand dazu bewegen, unserem Verbands beizutreten, wenn wir selbst solche grenzenlose Gleichgültigkeit für die gute Sache zur Schau tragen? Nein! Die Macht des uns knechtenden Unternehmertums besteht weniger in demselben Gelde, als in dem Unverstand und der Gleichgültigkeit Tausender von Arbeitskollegen! Heißt es doch in dem bekannten Liede so treffend: „Den Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen!“ Diesen Feind zu besiegen, muß also unsere erste, unsere heiligste Aufgabe sein. Ist der Unverstand, die Gleichgültigkeit dieser Tausende von Arbeitskollegen besiegt, dann ist auch die Macht des Unternehmertums gebrochen, hierzu ist es aber notwendig, daß jeder einzelne Verbandskollege seine Schuldigkeit thut. Darum mögen diese Zeilen dazu beitragen, die Kollegen allerorts, besonders aber diejenigen Pölmstedts, an ihre Pflicht zu gemahnen und dieselben zu veranlassen, sämtlich in den Versammlungen zu erscheinen, dann werden wir ja auch bald ein kräftiges Ausblühen unseres Verbandes wahrnehmen können.

Pinneberg. Am 29. Januar fand unsere Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht vom Gewerkschaftskartell, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Verschiedenes. Der Delegirte vom Gewerkschaftskartell berichtete, daß den Verbänden anheim gestellt sei, unter sich eine Arbeitslosen-Versammlung oder Statistik zu veranstalten. Die Debatte hierüber bewies, daß dieses für unsere Verhältnisse nicht nutzbringend sei. Es wurde daher beschlossen, da in nächster Zeit das Gewerkschaftskartell eine öffentliche Versammlung über das Thema: „Die moderne Arbeitslosigkeit und ihre Folgen“, veranlassen wird, diese zu unterstützen. — Im „Verschiedenen“ meldete der Kassirer, daß bei ihm ein Verbandskollege um Reiseunterstützung angekommen war, welcher jedoch die monatliche Kassenzeit erst mit dem 1. Februar d. J. erreicht hatte. Dieses Mitglied war anwesend, nämlich Kollege Karl Friebe aus Büttelheim, Buch Nummer 12103. Derselbe hat vor der Zeit in den Zählstellen Wandsbeck, Pinneberg, Kellinghusen, Iphoe, Wedel (Holstein) und Bornbeck Reiseunterstützung im Betrage von 4,24 Mk. erhalten. Derselbe bedauerte der Frau Köhler, daß er noch nicht berechtigt sei, Reiseunterstützung zu verlangen, worauf erwidert wurde: Sie erhalten schon Reiseunterstützung. — Hierorts sind 30 Pfa. in Abzug gebracht worden. — Von einem Mitgliede wurde der Antrag gestellt, in nächster Zeit wieder einen Familienabend zu veranstalten. Der Antrag wurde angenommen. Der Familienabend soll am 10. März abgehalten werden und ist eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Hönkemeier, Frau M. Günther, Witthöft und Dahlenburg, welche das Weitere zu veranlassen haben, gewählt worden. Da weiter nichts vorlag, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. (Laut der in Nummer 22 des Jahrganges 1894 des „Proletarier“ erschienenen Bekanntmachung des Vorstandes gilt vom 1. Oktober 1894 das abgeänderte Statut, nach welchem Mitglieder erst nach 6 monatlicher Mitgliedschaft Reisegehalt beziehen können. Wir müssen wiederum die auszählenden Kollegen dringend ermahnen, sich nach unseren Satzungen, welche im Statut und Reiseunterstützungsgesetz vorgeschrieben sind, zu richten, widrigenfalls wir in Zukunft das zu Unrecht ausgezahlte Reisegeld auf Konto der betreffenden Zählstelle setzen müssen. D. B.)

Mühlheim am Main. Am Montag, den 28. Januar, tagte hierorts eine Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, welche in Anbetracht der grimmigen Kälte nicht so stark besucht war, als es wünschenswerth gewesen wäre. Genosse Boffe aus Offenbach legte in einem einstündigen Vortrage die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation klar und erklärte am Schluß seiner Ausführungen es für die Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Gewerkschaftsorganisation anzuschließen. — Nachdem mehrere Kollegen aus Mühlheim und Bürgel im gleichen Sinne gesprochen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich einverstanden mit dem Referenten und beschließt, eine Zählstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu gründen und für die Entwicklung derselben thätig einzutreten.“ Wir hoffen, daß das neue Glied unserer Organisationskette sich gut entwickeln möge, zum Wohle seiner Mitglieder.

Offenbach. Am 4. Dezember sprach in der „Stadt Heidelberg“ in einer öffentlichen Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Genossin Fräulein Opizius aus Wockenheim über das Thema: „Die heutige Gesellschaft und die Arbeiter.“ Die Referentin entledigte sich ihrer Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Sie hob hauptsächlich hervor, wie die heutige Gesellschaft durch ihre unglückliche, verderbbringende Produktionsweise das Massenelend immer mehr vermehrt, wie die Kinder von dem Spielplatz, die Frauen von dem Haushalt hinweggerissen werden, um in den Fabriken, zum Profit der Unternehmer, für lächerlichen Lohn ihr kümmerliches Dasein zu fristen. Die heutige Gesellschaft glaubt das Elend, welches immer mehr anschwillt, durch Palliativmittel, wie Almosen, Armenunterstützung etc., zu beseitigen und ersieht nicht, wie sie ihrem Untergang in Folge der unregelmäßigen Produktion entgegen geht. Rednerin fordert die Anwesenden auf, sich immer mehr der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, unaufhörlich zu agitieren und für die gewerkschaftliche, sowie für die politische Organisation immer neue Mitglieder zu werben, um so der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns länger ausbeuten zu lassen. Mit dem Ruf „Durch Bildung zur Freiheit!“ schließt die Referentin ihren mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag. — Genosse Boffe forderte darauf die Anwesenden, welche noch nicht unserem Verbands angehören, auf, demselben beizutreten. Sodann fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin Genossin Opizius einverstanden, ersieht nur in der Organisation ein Mittel, womit der heutigen kapitalistischen Gesellschaft entgegengetreten werden kann und verspricht, um allen geistlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Arbeiterorganisationen immer mehr ausgebildet werden.“ — Nachdem sich einige Kollegen in den Verband haben einzeichnen lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wedel. Am 3. Februar fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Vereinslokale bei Wwe. Manise statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der 1. Bevollmächtigte der jüngst verstorbenen Kollegen Rutsche und Fiedler. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Eigen. Als Bevollmächtigte wurden vorgeschlagen die Kollegen Gault als erster, C. Friebe als zweiter und H. Worms als dritter. Zu Revisoren kamen die Kollegen R. Hef, E. Feuer und W. Jun in Vorschlag. — Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurde die Lokalfrage erörtert. Die Versammlung entschied sich einstimmig für Beibehaltung des jetzigen Lokales. — Unter „Verschiedenes“ wurde auf zwei öffentliche Versammlungen aufmerksam gemacht, welche in nächster Zeit in Wedel und den benachbarten Rissen zwecks Agitation für den Verband tagen sollen. — Am 20. Januar hörten wir schon in der Frühe, daß sich auf der Zuckerraffinade von Michaels u. Komp. zu Schulan wieder ein Unglücksfall ereignet habe. Sehr bald sollte uns die Gewissheit werden, daß zwei unserer Kollegen in ihren Betten durch den Tod überrascht worden waren, und zwar durch ausströmende Kohlen gas erstickt. Bei einem Dritten waren die Wiederbeleibungsversuche mit Erfolg gekrönt. Wie wir weiter hörten, sollen die Lejen desekt gewesen sein. Die Meldung der Arbeiter, daß die Lejen reparaturbedürftig seien, hätte leider keine Beachtung gefunden. Bezeichnend ist es noch, daß von einer gewissen Seite das Gerücht verbreitet wurde, die Opfer seien total betrunken gewesen. Nach dem Unglück wurden die Lejen gleich angeht. Bei der Beerdigung der Verunglückten erschien ein polnischer Pfarrer, der in seiner Rede die anwesenden polnischen Arbeiter vor dem Verkehr mit den Sozialdemokraten warnte und ihnen empfahl, nicht so viel Schnaps zu trinken und fleißig die Kirche zu besuchen. Wieder das alte Lied: den Arbeitern Moralepistel lesen, aber um Himmels willen sich ja mit seinem Wort gegen die Interessen des Geldsackes wenden. Ihr Arbeiter, ob Ihr polnisch oder deutsch seid, schließt Euch der Organisation an! Zu bemerken ist noch, daß bei Niederlegung der Kränze die rothen Schleifen durch den Todtengräber entfernt wurden.

Eingesandt.

An die Arbeiter Danzigs und Umgegend!

Kollegen! Es hat fast den Anschein, als wollten wir in Danzig, anstatt wie anderorts vorwärts, rückwärts gehen! Denn das beweist klar und deutlich die Nachlässigkeit im Bezahlen der Beiträge und das Nichterscheinen in den Versammlungen, aber an Klagen fehlt es durchaus nicht. Durch alles Klagen und Schimpfen wird es jedoch nicht besser werden, sondern nur durch den freien und offenen Kampf und durch das feste Zusammenhalten in der Vereinigung. Und daß die Vereinigung hier höchst nötig und erforderlich ist, geht aus Folgendem hervor: Seht Euch die Behandlung der Arbeiter in der Danziger Deilmühle an, welche durchaus nicht menschenwürdig ist. Die Leute müssen von Morgens 5: Uhr bis Abends ziemlich um 6 Uhr in den furchtbar heißen Dunsträumen die schwersten Arbeiten verrichten und haben nur 1 Stunde Mittagspause, aber wo bleibt Frühstück und Vesper? Es ist doch in der Arbeitsordnung eine halbe Stunde Frühstück und eine halbe Stunde Vesper festgesetzt. Die Arbeitsordnung hat ja jeder Arbeiter erhalten und lautet für beide Theile gleich, das heißt aber nur auf dem Papier. Am Tage wird eine Viertelstunde Pause innegehalten, des Nachts aber sollen die Arbeiter durcharbeiten, und wenn sie wirklich ihre Ruhepausen halten, so wird die Zeit vom Lohn abgezogen, und das nennt man dann „christliche Fürsorge für die Arbeiter“. Nun, Kollegen der Danziger Deilmühle, gefällt Euch diese Behandlung denn so gut? Oder glaubt Ihr, die Herren würden sie von selbst verbessern, weil Ihr zu Hause oder in der Kneipe schimpft! Nein, im Gegentheil, der Lohn wird gekürzt und die Arbeitszeit wird

